

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (beschlossen am: 03.04.2022)

Titel: Mentale Gesundheit ernst nehmen!

Antragstext

1 Mentale Gesundheit in der Schule

2 Mentale Gesundheit – was ist das eigentlich? Psychisches Wohlbefinden meint
3 nicht nur die Abwesenheit von Krankheit, sondern auch einen Zustand, indem das
4 eigene Potential verwirklicht und angemessen mit Belastungen umgegangen werden
5 kann und stellt somit die Grundlage für ein zufriedenes Leben dar. Dass dieses
6 Thema kaum oder gar nicht in Bildungseinrichtungen thematisiert wird, bedingt
7 vielseitige Probleme. Vor allem im jungen Alter, wo wichtige Bausteine unserer
8 psychischen Stabilität gelegt werden, sollte ein Fokus auf mentale Gesundheit
9 gelegt werden, besonders im Zusammenhang mit Faktoren wie Selbstidentität,
10 sexueller Orientierung und Diskriminierungsformen wie Rassismus und Sexismus.
11 Insbesondere queere Menschen und Menschen mit Diskriminierungserfahrungen
12 erleben überdurchschnittlich häufig psychische oder mentale Erkrankungen. Eine
13 Thematisierung im Unterricht kann helfen, Stigmata abzubauen und motivieren,
14 sich Hilfe zu suchen. Dazu muss das Schulpersonal sowohl im Bereich mentale
15 Gesundheit als auch übergreifend zu verschiedenen Diskriminierungsformen
16 geschult sein bzw. fortgebildet werden. Auch braucht es Expert*innen und
17 Sozialpädagog*innen an Schulen zusätzlich zu den üblichen
18 Vertrauenslehrer*innen, um Hürden abzubauen und Benotung von privaten Themen
19 abzukoppeln. Für Bildung im Bereich mentale Gesundheit – von der Grundschule bis
20 zum Abschluss!

21 Die GRÜNE JUGNED NRW fordert:

- 22 • Mentale Gesundheit als Lehrthema in den Lehrplan

- 23 • Fortbildungen zum Thema Mentale Gesundheit für Personal an der Schule
- 24 • Expert*innen in den Schulen einstellen
- 25 • Sozialpädagog*innen zusätzlich zu Vertrauenslehrer*innen
- 26 • schon früh in der Grundschule die Stigmatisierung für das Reden über
27 Gefühle abbauen

28 **Studium und Ausbildung**

29 Der Studien- bzw. Ausbildungsweg im Bereich Psychotherapie ist lang und mit
30 hohen Kosten verbunden. Durch die Einführung eines neuen Studiengangs ist die
31 Abschlusszeit von 8 auf 5 Jahre verkürzt worden, nichtsdestotrotz sind die
32 Studienplätze rar und die Ausbildung kostenintensiv. Um eine bedarfsgerechte
33 Versorgung zu garantieren, müssen mehr Studien- und Ausbildungsplätze kostenfrei
34 angeboten werden. Auch muss das Ausbildungsgehalt in Berufen im Umfeld
35 psychologischer Betreuung wie z.B. Klinikpersonal deutlich erhöht und die
36 Arbeitsbedingungen verbessert werden!

37 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- 38 • mehr Studien- und Ausbildungsplätze im Bereich psychische Gesundheit
- 39 • ein deutlich höheres Ausbildungsgehalt
- 40 • das Arbeitspensum in Ausbildung und Studium reduzieren

41 **Strukturelle Versorgung**

42 Die Möglichkeit, sich Hilfe bei psychischen Problemen zu holen, muss für alle
43 bestehen. Aktuell sind Wartezeiten von bis zu 9 Monaten auf eine ambulante
44 Therapie normal. Das muss sich auf jeden Fall ändern! Einen Therapieplatz zu
45 finden, muss niedrigschwellig und zeitnah möglich sein, denn oft ist sofortige
46 Hilfe gebraucht. Die derzeitige Menge an Kassensitzen, welche allen Nutzer*innen
47 gesetzlicher Krankenkassen zusteht, ist viel zu gering und muss endlich
48 bedarfsgerecht und nicht mehr ökonomisch berechnet werden. Auch braucht es eine
49 bessere Ausstattung und wesentlich bessere Arbeitsbedingungen für Klinikpersonal
50 und psychische Einrichtungen, um mentale Gesundheit für alle verwirklichen zu
51 können. Schließlich sollte nicht bei der mentalen Gesundheit der einen die
52 Gesundheit der anderen aufs Spiel gesetzt werden. Um eine flächendeckende

53 Versorgung möglich zu machen, braucht es zudem eine Vielzahl an öffentlichen
54 Anlaufstellen bei Beeinträchtigung der mentalen Gesundheit, nicht nur an
55 Bildungseinrichtungen, sondern auch am Arbeitsplatz. So kann einer Überlastung
56 der ambulanten und stationären Therapie vorgebeugt werden.

57 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- 58 • maximal 4 Wochen Wartezeit für ambulante Therapie
- 59 • ein bedarfsorientiertes Angebot von Kassenplätzen
- 60 • bessere Ausstattung und Arbeitsbedingungen für Personal in Kliniken und
61 Praxe
- 62 • mehr öffentliche Anlaufstellen für Menschen mit Beeinträchtigung der
63 Mentalen Gesundheit, damit vorzeitige Diagnosen oder falsche Diagnosen für
64 eine Behandlung überflüssig werden

Begründung

Erfolgt mündlich.